

Press release

Kiel, 24.08.2023

Bessere Arbeitsbedingungen für KVG-Busfahrer*innen

Zum Brief aus der Belegschaft der KVG an die Verwaltungsspitze, in dem die Unterzeichnenden die Arbeitsbedingungen für das Fahrpersonal stark kritisieren, erklärt Ratsherr Marcel Schmidt, Vorsitzender der SSW-Ratsfraktion Kiel:

„Die von den Busfahrer*innen in einem Brief an den Oberbürgermeister vorgebrachten Kritikpunkte zu den Arbeitsbedingungen und der Personalnot beim Fahrpersonal der KVG sind nicht neu. Ebenso ist lange bekannt, dass es schwierig ist, an neues Personal zu kommen. Umso dringender ist es, dass die KVG die richtigen Schlüsse aus den nachvollziehbaren Kritikpunkten zieht und entsprechend handelt. Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob der Aufsichtsrat der KVG von den Schwierigkeiten nichts mitbekommen hat. Unserer Ansicht nach sollten die Belange der Arbeitnehmer*innen in diesem Gremium mit einer ausreichenden Anzahl von Sitzen vertreten werden, wie das bisher auch bei den Kieler Stadtwerken gehandhabt wurde.

Die Verkehrssituation in Kiel mit den vielen Baustellen macht den Fahrer*innen die Arbeit nicht leichter. Wenn dazu auch noch die Möglichkeit fehlt, angefallene Überstunden auch wieder abzubauen, ist es kein Wunder, wenn das beim Personal an die Substanz geht. Obendrein ist es offensichtlich, dass die Bezahlung mittlerweile die Herausforderungen und Belastungen des Jobs nicht mehr fair ausgleicht. Diesbezüglich müssen wir die Attraktivierung des Berufs auch mit den entsprechenden Summen hinterlegen: Wir müssen davon ausgehen, dass wir durch die Personalgewinnung in Zukunft höhere Kosten bei der KVG haben werden.

Wir stellen fest, dass die ideologisch aufgeheizten Grabenkämpfe in der Verkehrspolitik mittlerweile auf dem Rücken der Busfahrer*innen ausgetragen werden. Das hat direkte Auswirkungen auf die Verkehrswende: Wenn wir es nicht schaffen, die Taktung im Kieler Busverkehr heraufzusetzen oder gar nur beizubehalten, kommen wir nicht umhin, die Verkehrswende zu

drosseln und den Abbau von Parkplätzen zu reduzieren. Es ist nichts gewonnen, wenn Autofahrer*innen ihre Fahrzeuge abschaffen, aber dann keinen Platz mehr im Bus finden.

Wir müssen in der Diskussion um die Verkehrswende verbal abrüsten und zielgerichteter arbeiten. Bei der Gestaltung des Verkehrs in Kiel müssen wir das Personalproblem der KVG im Blick halten und die grundsätzliche Einstellung der Stadt für die Entlohnung der Erledigung ihrer Aufgaben überdenken. Angesichts des zähen Kampfes für die gerechte Entlohnung und die Wiedereingliederung der Service GmbH ins Städtische Krankenhaus und der Schwierigkeiten bei der Entlohnung der Menschen, die im Sozial- und Erziehungsdienst für Träger arbeiten, die im Auftrag der Stadt Aufgaben erfüllen, gibt es offensichtlich noch Nachholbedarf. Die Stadt muss sich für die Erledigung ihrer Aufgaben ihrer Verantwortung für die damit befassten Mitarbeiter*innen bewusst sein – egal in welchem rechtlichen Konstrukt sie angestellt sind.“